

- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme);
- Einführung zusätzlicher Gesamtschulangebote
Vorlage: 2006-11/0721
- 6 Einführung einer Integrativen Haupt- und Realschule in der Samtgemeinde Geestequelle
Vorlage: 2006-11/0726
- 7 Antrag des Kreistagsabgeordneten Rüdiger Bruns
- Resolution des Kreistags an die Niedersächsische Landesregierung, gerichtet auf eine Absenkung der für die Errichtung von Gesamtschulen geforderten Mindestgrößen
Vorlage: 2006-11/0723
- 8 Grundsatzbeschluss des Kreistages über die Beteiligung des Landkreises an den Schulbaukosten und den sonstigen Kosten der Schulen im Landkreis
Vorlage: 2006-11/0722
- 9 Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten am Schulstandort Gerberstraße in Rotenburg
Vorlage: 2006-11/0727
- 10 Anfragen

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach vorangegangener Besichtigung der Sporthallen an der Pestalozzischule und am Ratsgymnasium in Rotenburg durch die Mitglieder des Schulausschusses eröffnet **Vorsitzender Ringe** die Sitzung um 9.45 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Änderungswünsche oder -notwendigkeiten zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Schulausschusses am 11.03.2009**

Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Erster KR Dr. Lühring berichtet, der Landkreis habe direkt im Anschluss an die entsprechende Beschlussfassung in der Sitzung des Kreisausschusses am 18.03.2009 einen Antrag auf Errichtung einer KGS in Sittensen gestellt. Die Landesschulbehörde habe hierauf in einem Anhörungsschreiben zunächst deutlich gemacht, dass eine Genehmigung zum Schuljahr 2009/10 allein schon aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht erteilt werden könne. Darüber hinaus sei angemerkt worden, dass die für den Einzugsbereich der Samtgemeinde Sittensen allein prognostizierten Schülerzahlen für eine Genehmigung auch im folgenden Schuljahr deutlich nicht ausreichen. In einem Gespräch bei der Landesschulbehörde, an dem auch Vertreter der Samtgemeinde Sittensen und der Elterninitiative KGS Sittensen teilgenommen hätten, habe man sich darauf verständigt, nunmehr zunächst das Ergebnis der kreisweiten Elternbefragung abzuwarten und den Antrag solange ruhen zu lassen.

In diesem Zusammenhang weist **Erster KR Dr. Lühring** darauf hin, dass im Gespräch bei der Landesschulbehörde deutlich geworden sei, dass der Landkreis im Antragsverfahren eine recht optimistische Prognose in Bezug auf die Entwicklung der künftigen Sittensener Jahrgangsstärken abgegeben habe. Auch habe der Landkreis seinen Antragsunterlagen ergänzend sämtliche Kalkulationstabellen beigelegt, die durch die Elterninitiative KGS Sittensen erarbeitet worden seien. Von daher sei der verschiedentlich über die Presse geäußerte Vorwurf, der Landkreis habe die Sittensener Schülerzahlen „klein gerechnet“, nicht nachvollziehbar.

KAR Wilshusen verteilt die zwischenzeitlich vorliegende Auswertung der Elternbefragung im Bereich der Gemeinde Gnarrenburg an die Ausschussmitglieder.

Zu der Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II durch den Landkreis berichtet **Erster KR Dr. Lühring**, mit einem Anteil von 7,2 Mio € am Gesamtpaket der Investitionen in Höhe von insgesamt 10 Mio € fließen über 70 % in den Bereich der Schulbaumaßnahmen. Der Eigenanteil des Landkreises zu den Investitionen im Schulbereich betrage 926.000 €. Die einzelnen Maßnahmen seien im übrigen dem vom Kreistag beschlossenen Nachtragshaushalt zu entnehmen. Von der ursprünglich im Rahmen der Sanierung der Sporthalle am Ratsgymnasium vorgesehene Einrichtung eines Krafraumes habe man auf Anregung der Schulleitung hin Abstand genommen. Die insoweit nicht benötigten Mittel kämen nunmehr einer weitergehenden Sanierung der Halle zugute.

Zu dem zuletzt in der Presse berichteten Dichtigkeitsproblem des Dachs der Pestalozzi-Sporthalle erläutert **Erster KR Dr. Lühring**, Ursache für den Wassereinbruch sei nicht etwa ein undichtes Dach sondern lediglich eine vergessene Abdichtung im Rahmen der Durchführung von Glaserarbeiten gewesen. Dichtigkeitsprobleme des Hallendachs bestünden nach den durchgeführten Sanierungsmaßnahmen dagegen grundsätzlich nicht mehr.

In Bezug auf die Überlegungen zur Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit pädagogischem Förderbedarf im Bereich Geistige Entwicklung (GE) im Landkreis Rotenburg (Wümme) berichtet **Erster KR Dr. Lühring** weiter, als Termin für die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe GE habe man sich auf den 23.06.2009 verständigt. Eine Einladung hierzu erfolge noch.

Erster KR Dr. Lühring berichtet, die Stadt Bremervörde habe angeboten, die Trägerschaft für die Hauptschule und die Realschule am Standort Bremervörde-Engeo an den Landkreis zurückzugeben. Der Landkreis sei zwar grundsätzlich offen für derartige Ideen. Allerdings sei die Trägerschaft für die Schulen des Sekundarbereichs I mit Ausnahme der drei Gymnasien in Rotenburg, Zeven und Bremervörde derzeit kreisweit einheitlich auf die Samt- und Einheitsgemeinden übertragen. Aktuell sei in Bremervörde kein besonderer Grund erkennbar, der Anlass zu einem Überdenken dieser Praxis geben könnte.

Den Ausschussmitgliedern wird eine Ausfertigung des Antrags der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.05.2009 zur Schulentwicklungsplanung einschließlich einer Antwort der Verwaltung auf die mit diesem Antrag gestellten Fragen ausgehändigt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme);
- Einführung zusätzlicher Gesamtschulangebote
Vorlage: 2006-11/0721**

Zur Einführung in den Tagesordnungspunkt erläutert **Erster KR Dr. Lühring** die im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis angestellten Überlegungen sowie den der Sitzungsvorlage beigelegten Entscheidungsvorschlag im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation.

Abg. Frick erklärt, die Stärkung des gymnasialen Angebotes in der Fläche sei bereits ein wichtiger Baustein im Rahmen der Schulstrukturreform im Jahre 2003 gewesen. Hier habe der Landkreis dieses Ziel durch die Errichtung eines Mittelstufengymnasiums in Sottrum, gymnasialer Außenstellen in Visselhövede und Sittensen sowie einer gymnasialen Oberstufe an der KGS Tarmstedt erfolgreich umgesetzt. An diesem Ziel sollte festgehalten werden. Wesentlicher Antrieb für die Vielzahl der vorliegenden Bestrebungen auf Errichtung einer Gesamtschule sei die

Sorge um den Erhalt des Schulstandorts. Auch der Wunsch nach einem Angebot an gymnasialer Beschulung vor Ort sei als Grund erkennbar. Wo sämtliche Schulangebote zur Verfügung stünden, wie beispielsweise in Scheeßel oder Sottrum hätten die Kommunen folglich keinen Wunsch auf Errichtung einer Gesamtschule geäußert.

Was den Erhalt der Haupt- und Realschulen im Landkreis betreffe, bestünden durchaus auch anderweitige Perspektiven. Hier sei zunächst die Möglichkeit zu nennen, bei zu geringen Klassenstärken auch jahrgangsübergreifenden Unterricht durchzuführen. Dann werde die Mindestgröße verbundener Haupt- und Realschulen voraussichtlich von drei auf zwei Züge gesenkt mit der zusätzlichen Möglichkeit schulformübergreifenden Unterrichts.

Nicht nachvollziehbar sei, dass sich die Theodor-Heuss Schule in Rotenburg Sorgen um ihre Existenz mache. Diese mit erheblichen Mitteln zur Ganztagschule ausgebaute Schule sei ein Aushängeschild für Rotenburg und verfüge über ein attraktives Programm.

Abg. Frick vertritt die Auffassung, die Einführung von Gesamtschulangeboten in den Mittelzentren neben den dortigen Gymnasien bedeute zum einen ein nicht sinnvolles Parallelangebot und verstärke zum anderen den Rückgang der Schülerzahlen in der Fläche. Mit dem Vorschlag, in den Mittelzentren keine neuen Gesamtschulangebote zu schaffen, stimme er daher überein.

Wenn man allerdings dem Verwaltungsvorschlag folgen und für die Elternbefragung nur 3 Standorte für neue Gesamtschulangebote vorsehen würde, überginge man einige schon länger planerisch mit dieser Thematik beschäftigte Kommunen, wie insbesondere die Samtgemeinde Bothel. **Abg. Frick** spricht sich dafür aus, mit Ausnahme der Mittelzentren Rotenburg und Zeven alle übrigen 6 Kommunen, die den Wunsch auf Errichtung einer Gesamtschule geäußert hätten, mit in die kreisweite Elternbefragung aufzunehmen und die Frage nach dem aussichtsreichen Standort im Wettbewerb zu entscheiden. Eine Befragung sollte im übrigen im gesamten Bereich des Landkreises, einschließlich der Samtgemeinde Tarmstedt, durchgeführt werden.

Abg. Leefers hält das vorgestellte Konzept der Verwaltung, was den Verzicht auf die Mittelzentren als Standort für neue Gesamtschulen betrifft, für schlüssig und schließt sich grundsätzlich dem Vorschlag des **Abg. Frick** an. Er äußert jedoch dahingehend Bedenken, dass eine strikte Festlegung auf Kommunen abseits der Mittelzentren unter Umständen zur Folge haben könnte, dass am Ende an keinem Standort im Landkreis die Genehmigungsvoraussetzungen für die Errichtung einer neuen Gesamtschule erreicht würden. Die Elternschaft im Bereich der Stadt Rotenburg habe sich deutlich für die Errichtung einer IGS ausgesprochen. Diesen Elternwillen respektierend könne man - zumindest für den Fall, dass es in der näheren Umgebung Rotenburgs nicht zur Errichtung eines erreichbaren Gesamtschulangebots komme - die Stadt Rotenburg nicht von vornherein als Gesamtschulstandort ausschließen. **Abg. Leefers** regt daher an, die Elternbefragung um eine Standortoption Rotenburg zu ergänzen, für den Fall, dass die Errichtung von Gesamtschulen an den priorisierten Standorten nicht zu Stande kommen sollte. Zur Situation der Hauptschule in Rotenburg merkt er im übrigen an, dass zwar noch eine 2-zügigkeit bestehe, die Entwicklung aber gleichwohl erheblich rückläufig sei.

Abg. Klee sieht die derzeitigen Probleme im starren Festhalten am 3-gliedrigen Schulsystem begründet. Bei der Schulstrukturreform 2003 sei der Landesgesetzgeber davon ausgegangen, dass sich eine Verteilung der Schülerinnen und Schüler von etwa 30% für die Hauptschule, 30% für die Realschule und 40% für das Gymnasium ergeben würde. In der Realität habe sich indes eine deutlich andere Entwicklung ergeben. Das 3-gliedrige Schulsystem sei als gescheitert anzusehen. Dieses zeige im übrigen auch die geäußerte Befürchtung, eine deutliche Mehrheit der Elternschaft an einem Schulstandort wie Rotenburg, an dem alle Schulen des 3-gliedrigen Systems vertreten sind, könnte sich im Rahmen einer Befragung für die Errichtung einer Gesamtschule aussprechen. **Abg. Klee** begrüßt die Bestrebungen zur Absenkung der Mindestzügigkeit verbundener Haupt- und Realschulen. Gleichermaßen müssten allerdings auch die für die Errichtung neuer Gesamtschulen derzeit noch geforderten Mindestzügigkeiten abgesenkt werden. Was den Zeitpunkt der Elternbefragung betrifft, plädiert **Abg. Klee** dafür, nach den Sommerferien zunächst ein Zeitfenster - etwa bis Ende August - für Informationsveranstaltungen in den Kommunen freizuhalten, bevor dann die Befragung startet.

Abg. Bruns erklärt, er könne der von **Abg. Frick** vorgeschlagenen Abänderung des Beschlussvorschlages inhaltlich zustimmen. Angesichts der insbesondere in der Samtgemeinde Bothel auch inhaltlich geleisteten Vorarbeit erscheine es ungerecht, wenn dieser mögliche Standort im

Rahmen der Befragung nun außen vor bliebe. Den seitens der Samtgemeinde Zeven geäußerten Wunsch auf Errichtung einer KGS hält **Abg. Bruns** für nicht sinnvoll. Dieses käme letztlich der Umwandlung der dortigen Hauptschule und Realschule zu einer verbundenen Haupt- und Realschule gleich, wobei mit dem gymnasialen Zweig ein Angebot hinzugefügt würde, das mit dem St.-Viti-Gymnasium in Zeven bereits vorhanden sei. Zu dem ermittelten Rückgang der Jahrgangsstärken ab 2011 bis 2018 um 27% weist **Abg. Bruns** darauf hin, dass es sich hierbei um den kreisweiten Wert handele. In einzelnen Bereichen betrage der Rückgang sogar bis zu 50%. Man mache sich daher nicht erst seit der Anfrage des Landkreises in Sachen Gesamtschulen Gedanken um die Weiterentwicklung bzw. den Erhalt der Schulstandorte. Er halte daher die Darstellung für falsch, dass man in einigen Gemeinden erst jetzt auf die Idee zur Errichtung einer Gesamtschule gekommen sei.

Abg. Bruns erklärt weiter, dass im Rahmen der aktuellen Bemühungen um die Errichtung zusätzlicher Gesamtschulen die derzeitigen gesetzlichen Vorgaben zu beachten seien, wonach derzeit weiterhin die Erreichbarkeit von Schulen des 3-gliedrigen Schulsystems gefordert würde, während die Gesamtschule den Status einer Angebotsschule inne habe.

Abg. Oetjen erklärt, die seitens der Gemeinden geäußerten Bestrebungen auf Errichtung von Gesamtschulen und der dahinterstehende Elternwille sollten respektiert werden. Der Landkreis habe allerdings in seiner Aufgabenstellung als Träger der Schulentwicklungsplanung darüber hinaus auch grundsätzliche Überlegungen über die künftige Weiterentwicklung der Schulstruktur anzustellen. Eine Ergänzung der vorgeschlagenen Standortalternativen wie vorgeschlagen könne er mittragen. Angesichts der eher schwachen Jahrgangsstärken in Gnarrenburg und Selsingen bestehe dort zwar kaum eine Chance auf Erteilung einer Genehmigung für die Errichtung einer Gesamtschule. Gleichwohl sollte das Angebot im Rahmen der Elternbefragung gemacht werden, insbesondere im Hinblick auf die niedrigen Übergangsquoten zum Gymnasium. Die größte Chance auf Errichtung einer neuen Gesamtschule sehe er in Sittensen. Dort könnte eine KGS mit ihren 2 Gymnasialzweigen an die Stelle der bereits in diesem Jahr auslaufenden Außenstelle des St.-Viti-Gymnasiums Zeven treten. Auch in Visselhövede bestünde auf diesem Wege die Chance, ein gymnasiales Angebot längerfristig zu erhalten. Schwer abzuschätzen sei die Frage, inwieweit die Erweiterung der Befragung auf 6 Standorte eine Wechselwirkung mit sich bringen könnte. Klar sei, dass es am Ende sicher nicht 6 neue Gesamtschulstandorte geben werde.

Herr Bruns erinnert an Initiativen zur Einführung einer Gesamtschule in Rotenburg Ende der 70'er / Anfang der 80'er Jahre. Die Argumente von damals würden auch heute wieder diskutiert. Neben der Frage nach möglichen Standorten für eine neue Gesamtschule sei auch die inhaltliche Ausgestaltung der Schulangebote wichtig. Er plädiert für eine Aufnahme des möglichen Gesamtschulstandortes Rotenburg in die Elternbefragung. Im Falle der Errichtung einer IGS in Rotenburg bestünde weiterhin die Möglichkeit des Besuchs einer Hauptschule z.B. in Scheeßel oder Sottrum. Die Errichtung einer IGS in Rotenburg könne auch eine Entlastung für das Ratsgymnasium bedeuten. Zu dem bevorstehenden erheblichen Rückgang der Schülerzahlen merkt **Herr Bruns** an, dass diese Entwicklung genutzt werden müsse, um die derzeit zu hohen regelmäßigen Klassenstärken wieder abzusenken.

Abg. zum Felde sieht die schulischen Angebote in den Mittelzentren als ausreichend gestärkt an. Im Rahmen der Entscheidung über die Errichtung neuer Gesamtschulangebote gehe es um eine gerechte Verteilung in der Fläche.

Abg. Borngräber erklärt, es sollte nunmehr auf jeden Fall der Einstieg in die Schaffung zusätzlicher Gesamtschulangebote im Landkreis Rotenburg (Wümme) geschafft werden. Auch eine Erweiterung der Befragung um die Standorte Rotenburg und Zeven könne er sich vorstellen, da hiermit der Elternwille möglichst weitgehend erfasst werden könnte. Als problematisch betrachte er das Konzipieren eines Fragebogens für 6 oder mehr Standorte. Hier bestehe die Gefahr, dass der Vordruck unübersichtlich und schwer auswertbar gerate. Er stellt zur Diskussion, ob nicht eine vorgeschaltete Befragung zum grundsätzlichen Bedarf nach Gesamtschulen und erst anschließend eine Befragung auf die sich aus den Elternwünschen ergebenden Standorte sinnvoller sein könnte. Am aussagekräftigsten sei eine Befragung letztlich, wenn der Bedarf für nur einen einzelnen konkreten Standort ermittelt würde.

Herr Dettling erläutert hierzu, es sei grundsätzlich durchaus möglich, im Rahmen einer Elternbefragung mehrere alternative konkrete Standorte abzufragen. Dieses sei auch in einem der von der Landesschulbehörde herausgegebenen Musterfragebögen so vorgesehen. Damit die Befragung zu verwertbaren Ergebnissen führe, empfehle er in jedem Fall eine vorherige Abstimmung des Vordrucks sowie der begleitenden Erläuterungen mit der Landesschulbehörde.

Erster KR Dr. Lühring erklärt, im Falle einer vorgeschalteten Befragung zum grundsätzlichen Wunsch nach Gesamtschulangeboten sei der derzeit für die Antragstellung vorgesehene Einföhrungstermin zum Schuljahresbeginn 2010/11 nicht zu halten. Zur Ausgestaltung des Fragebogens verweist er auf das den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellte Muster. Auf der Grundlage des Verwaltungsvorschlags würden einschließlic der bestehenden KGS Tarmstedt insgesamt 4 Standorte zur Auswahl gestellt, wobei ein Erstwunsch und ein Alternativwunsch möglich sei. Im Falle einer Erweiterung auf insgesamt 7 Auswahlmöglichkeiten müsste der Fragebogen noch einen zweiten Alternativwunsch vorsehen, da aufgrund der Lage der Standorte für einige Bereiche durchaus mehr als zwei der zur Auswahl stehenden Standorte erreichbar seien.

Herr Dettling unterstreicht, dass die Zeitschiene für die Beantragung einer neuen Gesamtschule zum Schuljahr 2010/11 äußerst knapp bemessen sei. Entgegen der mitunter geäußerten Darstellung, es würden doch nur bestehende Schulen umgewandelt, handele es sich um die Errichtung einer neuen Schule, was mit erheblichem Planungsaufwand verbunden sei.

Vorsitzender Ringe gibt zu bedenken, dass eine Aufteilung in mehrere Befragungen ggf. auch eine gewisse Befragungsmüdigkeit zur Folge haben könnte, zumal in einigen Bereichen ja bereits eine Befragung durchgeführt worden sei.

Abg. Oetjen plädiert dafür, auf jeden Fall eine Verschiebung auf das Schuljahr 2011/12 zu vermeiden. Er spricht sich gegen eine Aufnahme der Stadt Rotenburg als zusätzliche Standortalternative aus. Seiner Einschätzung nach hätte die mit der Errichtung einer Gesamtschule in Rotenburg verbundene weitere Konzentration auf das Mittelzentrum negative Auswirkungen auf den ohnehin gefährdeten Erhalt der Schulstandorte in der Fläche. **Abg. Leefers** erklärt hierzu, grundsätzlich könne er die Gründe für eine Priorisierung der Standorte abseits der Mittelzentren als mögliche Standorte für neue Gesamtschulangebote nachvollziehen. Wenn man gleichwohl im Rahmen der Elternbefragung auch das Interesse an einer Errichtung einer Gesamtschule in Rotenburg ermittelte, habe man damit ggf. eine Option für den Fall, dass an sämtlichen vorrangig angestrebten Standorten kein ausreichendes Bedürfnis für die Errichtung einer Gesamtschule ermittelt würde. **Erster KR Dr. Lühring** vertritt die Auffassung, der Landkreis könne als Schulträger nur das abfragen, was er auch umzusetzen gewillt sei. Wenn die Errichtung von Gesamtschulen in den Mittelzentren aus den dargestellten strukturellen Gründen grundsätzlich nicht gewollt sei, dann sollte man die Mittelzentren im Rahmen der Befragung auch nicht als möglichen Schulstandort zur Auswahl stellen.

Vorsitzender Ringe verweist auf die Bestrebungen der Samtgemeinde Geestequelle auf Einführung einer integrativen Haupt- und Realschule und regt an, auch diese Schule am Standort Oerel mit in den Fragebogen aufzunehmen. **Erster KR Dr. Lühring** weist hierzu darauf hin, dass diese Schulform im NSchG nicht vorgesehen sei und von daher nur eine Errichtung im Rahmen eines Schulversuchs in Betracht komme. **Herr Dettling** ergänzt, im Rahmen der Ermittlung des Elternwillens sei in jedem Fall der derzeitige Rechtsstand zu beachten.

Auf Vorschlag des **Abg. Bruns** unterbricht **Vorsitzender Ringe** die Sitzung um 11.55 Uhr, um Gelegenheit zu einer weiteren Beratung der Angelegenheit in den Fraktionen zu geben. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Verfahrensweise einvernehmlich zu.

Um 12.15 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Für die SPD-Kreistagsfraktion erklärt **Vorsitzender Ringe**, man tendiere zu einer Erweiterung der Befragung auf 6 mögliche neue Standorte ohne die Mittelzentren.

Abg. Klee erklärt, im Ergebnis müsse zumindest im nördlichen und im südlichen Bereich des Landkreises ein zusätzliches Gesamtschulangebot geschaffen werden. Dieses sollte bei der Auswertung der Fragebögen bzw. Zuordnung der Stimmen berücksichtigt werden.

Zur Auswertung des Fragebogens und der hierin vorgesehenen Alternativwünsche erläutert **Erster KR Dr. Lühring**, wenn für einen der zur Auswahl stehenden Standorte die erforderliche Schülerzahl nicht erreicht werde, kämen die auf diesen Standort entfallenden 2. Wünsche den alternativ ausgewählten Standorten zugute. **Erster KR Dr. Lühring** regt die Bildung einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Schulausschusses an, die bei der Konzeption der Fragebögen und Elterninformation sowie bei der Auswertung der Befragungsergebnisse mitwirken könne.

Abg. Bruns plädiert für eine grundsätzliche Beschlussempfehlung, mit der zum Ausdruck gebracht werden könnte, dass der Landkreis das Ziel der Einführung neuer Gesamtschulangebote verfolge. **Abg. Bruns** unterstützt die Aufnahme von 6 neuen Standorten in die Elternbefragung. Auch Bereiche, in denen bereits eine Befragung durchgeführt worden sei, dürften nicht von der Befragung ausgenommen werden, da man für die kreisweite Auswertung auch die bislang nicht erhobenen konkreten 2. Wünsche der Eltern benötige. Die benachbarten Landkreise sollten um Zustimmung zu einer Erfassung des Elternwillens in den angrenzenden Bereichen gebeten werden und es sollte direkt nach den Ferien zumindest noch eine kurze Zeitspanne für die Durchführung von Informationsveranstaltungen in den Gemeinden eingeplant werden.

Der Antrag des **Abg. Leefers**, der Schulausschuss möge dem Kreisausschuss für den Kreistag folgenden Beschluss empfehlen:

Die Stadt Rotenburg (Wümme) wird als zusätzlicher Gesamtschulstandort in den Fragebogen zur Ermittlung des Bedürfnisses für die Errichtung neuer Gesamtschulen mit aufgenommen. Hierbei wird deutlich gemacht, dass zunächst einmal nur eine Errichtung neuer Gesamtschulen an den im Fragebogen priorisierten Standorten geplant ist und die Errichtung einer IGS in Rotenburg nur dann in Betracht kommen kann, wenn sich für keinen der umliegenden möglichen Standorte eine Genehmigungsfähigkeit ergeben sollte.

wird mit 12 Stimmen bei 3 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Sodann empfiehlt der Schulausschuss dem Kreisausschuss für den Kreistag folgende Beschlüsse:

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) verfolgt mit einer kreisweiten Elternbefragung das Ziel der Errichtung zusätzlicher Gesamtschulangebote.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Beschluss:

Im Rahmen der Elternbefragung wird das Bedürfnis für die Errichtung der folgenden neuen Gesamtschulen ermittelt:

- | | |
|-------------------------------|-------------------------------|
| - Samtgemeinde Sittensen: KGS | - Samtgemeinde Bothel: IGS |
| - Stadt Visselhövede: IGS | - Samtgemeinde Selsingen: KGS |
| - Gemeinde Gnarrenburg: KGS | - Samtgemeinde Fintel: IGS |

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Beschluss:

Im Rahmen der Elternbefragung beantragt der Landkreis Rotenburg (Wümme) bei den benachbarten Schulträgern die Zustimmung, den Elternwillen auch in den an das Gebiet des Landkreises Rotenburg (Wümme) angrenzenden Bereichen zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Ringe** erklärt **Herr Dettling**, das bisherige Befragungsergebnis könne als Grundlage für die Prognose der künftigen Jahrgangsstärken herangezogen werden. Es stehe dem Landkreis als Schulträger aber frei, im Rahmen der kreisweiten Elternbefragung auch die Sittensener Eltern noch einmal zu befragen.

Abg. Oetjen gibt zu bedenken, dass das vorliegende Sittensener Befragungsergebnis eine sehr hohe Zustimmungquote aufweise und dieses gute Ergebnis im Falle einer nochmaligen Befragung möglicherweise nicht noch einmal erzielt würde. Auch **Abg. Klee** sieht dieses Problem. Er verweist allerdings darauf, dass nur eine einheitliche Befragung mit dem gleichen Fragebogen vergleichbare Zahlen ergeben könne. Die Sittensener Eltern zeigten sich sehr engagiert, so dass davon ausgegangen werden könne, dass es bei dem großen Zuspruch bleiben werde.

Bezüglich der weiteren Zeitplanung für die Elternbefragung weist **Abg Borngräber** darauf hin, dass für die Auswertung der Befragungsergebnisse einige Zeit benötigt werde. Um eine Beschlussfassung und Antragstellung für das Schuljahr 2010/11 spätestens im Oktober zu ermöglichen, müsse möglichst direkt nach den Ferien mit der Erhebung begonnen werden. Soweit an manchen Schulstandorten die Frage der Errichtung von Gesamtschulen bislang noch nicht intensiver thematisiert worden sei, sollten Informationsveranstaltungen daher nach Möglichkeit noch vor den Ferien laufen.

Sodann empfiehlt der Schulausschuss dem Kreisausschuss für den Kreistag die folgenden weiteren Beschlüsse:

Beschluss:

Zur Feststellung des Bedürfnisses für die Errichtung neuer Gesamtschulen zum Schuljahr 2010/11 führt der Landkreis die kreisweite Befragung zu Beginn des Schuljahres 2009/10 unter den Erziehungsberechtigten der Grundschüler der Jahrgangsstufen 1 bis 4 durch - einschließlich der Bereiche Tarmstedt und Sittensen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

Beschluss:

Es wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die Form, Inhalt und Auswertung der kreisweiten Elternbefragung gemeinsam mit der Verwaltung und der Landesschulbehörde gestaltet. Diese Arbeitsgruppe besteht aus **Frau Friedegund Müller** und den **Abg. Frick** und **Ringe**.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Einführung einer Integrativen Haupt- und Realschule in der Samtgemeinde Geestequelle**
Vorlage: 2006-11/0726

Nach kurzer Aussprache empfiehlt der Schulausschuss dem Kreisausschuss für den Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) unterstützt die Bestrebungen der Samtgemeinde Geestequelle auf Einrichtung einer „Gemeinsamen Haupt- und Realschule“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Antrag des Kreistagsabgeordneten Rüdiger Bruns**
- **Resolution des Kreistags an die Niedersächsische Landesregierung, gerichtet auf eine Absenkung der für die Errichtung von Gesamtschulen geforderten Mindestgrößen**
Vorlage: 2006-11/0723

Zum Text der von ihm entworfenen Resolution erläutert **Abg. Bruns**, die Forderung nach einer mindestens 5-Zügigkeit für Integrierte Gesamtschulen halte er für pädagogisch nicht begründbar. Wenn hier nicht eine Absenkung auf eine 4-Zügigkeit, in Ausnahmefällen auch 3-Zügigkeit, erreicht würde, bestünde für ländlich strukturierte Bereiche kaum eine Chance auf Errichtung neuer Gesamtschulen. Auch die vom Landesgesetzgeber vorgesehene Einführung des Turbo-Abiturs auch an Integrierten Gesamtschulen halte er für schädlich. Insbesondere für die langsameren Lerntypen sei ein Festhalten an der Ablegung der Abiturprüfung nach 13 Schuljahren wichtig. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Benachteiligung der Jungen hin, die deutlich in der Minderzahl seien, was die Ablegung der Abiturprüfung anbelangt. Im Jahre 2007 habe sich das Verhältnis an den Gymnasien im Landkreis Rotenburg (Wümme) wie folgt dargestellt:

<u>Gymnasium</u>	<u>Abiturientinnen</u>	<u>Abiturienten</u>
Ratsgymnasium Rotenburg	71	42
Gymnasium Bremervörde	42	22
St.-Viti-Gymnasium Zeven	42	34
Eichenschule Scheeßel	55	34

Abg. Frick betrachtet den Beschluss einer Resolution durch den Kreistag für nicht zielführend, da es sich hier um eine landespolitische Thematik handele. Zwei der anwesenden Ausschussmitglieder seien als Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag vertreten, so dass Anregungen und Initiativen in Bezug auf die Änderung landesgesetzlicher Vorgaben direkt dort eingebracht werden könnten. In Bezug auf die Bestrebungen zur Einführung des Abiturs nach 12 Jahren auch an Integrierten Gesamtschulen erklärt **Abg. Frick**, hier mit werde lediglich der vom Gesetzgeber vorgesehene Normalfall auch auf diese Schulform übertragen. Ziel des beschleunigten Abiturs sei es, einen schnelleren Berufseinstieg der Jugendlichen zu ermöglichen. Auch den Gymnasialschülern einer IGS dürfe dieses nicht verwehrt werden. Die Möglichkeit der Ableistung einer Abiturprüfung nach 13 Schuljahren bestehe im übrigen weiterhin an den Fachgymnasien der Berufsbildenden Schulen.

Unter Hinweis auf seine langjährige Tätigkeit als Gymnasiallehrer, vertritt **Herr Bruns** die Auffassung, schon die Einführung des G8-Abiturs sei ein grundlegender Fehler gewesen, auch im Hinblick auf die hiermit verbundene weitere Benachteiligung der Jungen.

Abg. Steppat bezeichnet die im Resolutionstext vorgeschlagenen Anregungen als nachvollziehbar.

Auch **Abg. Klee** betrachtet das zunehmende Abhängen des männlichen Teils der Jugend in der gymnasialen Beschulung als problematisch. Seiner Ansicht nach werde diese Entwicklung neben der Einführung des G8-Abiturs zusätzlich verstärkt durch die Absenkung des Einschulungsalters und die drastische Erhöhung der Gymnasialquote auf z.T. bis zu 50%. Anstelle einer vom Gesetzgeber verordneten generell kürzeren Schulzeit bis zur Abiturprüfung sollte für die Eltern eine Wahlmöglichkeit bestehen bleiben, je nachdem zu welchem Lerntypen ihr Kind zählt. Um eine Einrichtung von Gesamtschulangeboten in der Fläche zu ermöglichen, sei in jedem Fall eine Absenkung der zu hohen Vorgaben für die Mindestzügigkeit notwendig. Auch wenn es hier um Gesetzgebungsangelegenheiten des Landes gehe, halte er im übrigen eine Resolution des Kreistages für wesentlich aussagekräftiger als Meinungsäußerungen einzelner Landtagsabgeordneter.

Abg. Oetjen äußert Verständnis für die Sorge um den Erhalt der Schulstandorte und die damit verbundenen Wünsche in den einzelnen Kommunen. Er gibt allerdings zu bedenken, dass eine gewisse Mindestgröße erforderlich sei, um ein qualitativ hochwertiges Beschulungsangebot zu gewährleisten. Die Einführung des G8-Abiturs sei zwar zum Teil schlecht umgesetzt worden. Gleichwohl halte er diese Neuregelung nach wie vor für richtig und notwendig, da die Erlangung

der Hochschulreife nach 12 Schuljahren inzwischen internationaler Standard sei. Die Möglichkeit des Besuchs eines Fachgymnasiums bis zum 13. Schuljahrgang bleibe im übrigen ja bestehen.

Beschluss:

Die der Sitzungsvorlage beigefügte Resolution des Kreistags an die Niedersächsische Landesregierung, gerichtet auf eine Absenkung der derzeit für die Errichtung von Gesamtschulen geforderten langfristigen Jahrgangsstärken bzw. Zügigkeiten wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	8
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Grundsatzbeschluss des Kreistages über die Beteiligung des Landkreises an den Schulbaukosten und den sonstigen Kosten der Schulen im Landkreis**
Vorlage: 2006-11/0722

Erster KR Dr. Lühring erläutert, in der Vergangenheit habe die Deckelung der Kreisschulbaukasse zu einem Stau bei den Zuschussanträgen geführt. Mit dem neu gefassten Grundsatzbeschluss seien nunmehr die Zuschusskriterien enger gefasst worden. Es würden ausschließlich Maßnahmen gefördert, die auch tatsächlich im Haushalt der Schulträger veranschlagt worden seien und es erfolge eine Anrechnung der Förderungen von dritter Seite. Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II seien gänzlich von einer Förderung aus der Kreisschulbaukasse ausgenommen. Darüber hinaus erfolge nunmehr eine Gleichbehandlung von Schulbaumaßnahmen des Landkreises und der Gemeinden.

Beschluss:

Der Grundsatzbeschluss des Kreistages über die Beteiligung des Landkreises an den Schulbaukosten und den sonstigen Kosten der Schulen im Landkreis wird in der im Entwurf vorliegenden Neufassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 9 der Tagesordnung: **Schaffung zusätzlicher Sporthallenkapazitäten am Schulstandort Gerberstraße in Rotenburg**
Vorlage: 2006-11/0727

Abg. Klee erinnert an verschiedene Aussagen, der Landkreis als Schulträger wolle keine Baumaßnahmen gegen den Willen der Schule durchführen. Ausdrücklicher Wunsch der Schule sei, nicht - wie vorgesehen - einen Betrag von ca. 750.000 € für die Sanierung der Halle am Ratsgymnasium aufzuwenden, sondern statt dessen der Neubau einer Sporthalle. Wenn im Moment vielleicht nicht die für den Neubau einer größeren Sporthalle benötigten Mittel zur Verfügung stünden, könne sich die Schule ggf. auch ein Verzicht auf die Sanierungsmaßnahmen und ein Hallenneubau in ein paar Jahren vorstellen. Wenngleich er die energetische Sanierung älterer Schulgebäude grundsätzlich als sinnvolle betrachte, plädiert er in diesem Fall dafür, auf die Sanierungsmaßnahme zugunsten eines - ggf. auch späteren - Neubaus zu verzichten.

Abg. Borngräber weist darauf hin, dass die Sanierungsmaßnahme bereits auf den Weg gebracht worden sei. **Erster KR Dr. Lühring** erklärt hierzu, die laufenden Vorbereitungen wie z.B. die Ausschreibung der Leistungen könnten ggf. noch gestoppt werden, wenn ein entsprechender

Beschluss gefasst würde. Als Auslöser für den Wunsch des Ratsgymnasiums nach einer eigenen größeren Sporthalle sieht er den Umstand, dass die hauptsächlich durch das Gymnasium genutzte Sporthalle an der Pestalozzischule ca. 300 m entfernt liegt und einer anderen Schule zugeordnet ist.

Abg. Frick nimmt Bezug auf die Besichtigung der Sporthallen im Vorlauf der Sitzung und bezeichnet die Entfernung zwischen Ratsgymnasium und Pestalozzi Sporthalle als unproblematisch. Solche Wege zwischen Schule und Sporthalle seien auch an anderen Schulstandorten im Landkreis durchaus üblich.

Abg. Klee weist darauf hin, dass sich die Schullandschaft verändert habe. Während die Schülerzahlen bei der Pestalozzischule infolge des Regionalen Integrationskonzepts zurückgingen, seien die Schülerzahlen am Ratsgymnasium erheblich angewachsen.

Abg. Bargfrede erklärt, der Neubau einer 3-Feld Sporthalle in Rotenburg werde im wesentlichen auch durch die Sportvereine gefordert. Dieses sei nachvollziehbar und beruhe auf dem wachsenden Bedarf an Trainingsmöglichkeiten und Spielstätten für Punktspiele. Ausschlaggebendes Kriterium für den Landkreis als Schulträger könne allerdings nur der schulische Bedarf an Sportübungseinheiten sein.

Beschluss:

Es besteht keine Notwendigkeit für den Neubau einer Sporthalle am Schulstandort Gerberstraße.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: Anfragen

Abg Borngräber fragt an, ob die Möglichkeit bestünde, die Präsentation zu TOP 5 zusammen mit der Niederschrift zur Sitzung im Kreistagsinformationssystem des Landkreises zu veröffentlichen. **Erster KR Dr. Lühring** sagt dieses zu.

Vorsitzender Ringe schließt die Sitzung um 13.15 Uhr.

(Ringe)
Vorsitzender

(Dr. Lühring)
Erster Kreisrat

(Schmökel)
Protokollführer